

Ärzte lehnen Privatisierung ab

Appell an Landrat und Kreisräte: Heft des Handels nicht aus der Hand geben

VON PETER BORCHERS



Kooperiert wie viele seiner Kollegen mit der Kreisklinik: Chirurg Dr. Kay Sauckel. Foto: sh

Bad Tölz-Wolfratshausen – In die seit Tagen anhaltende, teils emotionale Diskussion um eine mögliche Privatisierung der Wolfratshausener Kreisklinik haben sich niedergelassene Fach- und Hausärzte eingeschaltet. Gut 30 Mediziner, rund zehn davon ärztliche Vertragspartner der Klinik, drücken in einem offenen Brief an Landrat und Kreisräte ihr Unverständnis über die Pläne aus. Sie seien „fassungslos“, schreiben die Ärzte. „Aus der Zeitung erfahren wir, dass ‚verkauft‘ werden soll.“ Und ein möglicher „Investor“ stehe mit der Asklepios GmbH schon in den Startlöchern.

Seit dem Verkauf der Stadtklinik Bad Tölz im Jahr 2001 an die Asklepios GmbH konkurriere mit der Wolfratshausener Kreisklinik ein öffentlicher Träger im Landkreis mit einem privaten Gesundheits-

dienstleister. Dieser ungleiche Wettbewerb habe 2017 zur Schließung der Tölzer Geburtshilfe durch Asklepios geführt. „Die Ziele eines privaten Klinikbetreibers decken sich nicht mit allen Aufgaben der öffentlichen Gesundheitsversorgung.“ Bei Übernahme der Kreisklinik durch einen privaten Investor drohten weitere Einschränkungen des medizinischen Angebots, Personalabbau und Verschiebungen defizitärer Versorgungsbereiche in die öffentliche Hand. Die politischen Handlungs- und Lenkungsmöglichkeiten würden zudem weiter eingeschränkt.

Die unterzeichnenden Ärzte verweisen auf die positive Entwicklung der Klinik: Aktuell stehe das Haus „im wirtschaftlichen Vergleich mit den Nachbarkliniken der Region gut da. 2016 wurde erstmals ein Wirtschaftsjahr ohne Defizit abgeschlossen, und das schwierige Corona-Jahr 2020 konnte mit einem erträglichen Defizit von rund 450 000 Euro abgeschlossen werden“.

Die Kreisklinik müsse als „stationärer Grund- und Regelversorger“ erhalten bleiben, so die Unterzeichner. Man befürworte „strukturelle Verbesserungen zur intersektoralen Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung“, auch halte man „strategische Partnerschaften mit öffentlichen Trägern zur künftigen Sicherung des medizinischen Versorgungsangebots, der Verbesserung der stationären Auslastung und der Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation“ für sinnvoll. Einen Betreiberwechsel oder Verkauf an private Investoren „lehnen wir ab“. Die Gesundheitsversorgung im Nordlandkreis müsse unbedingt in öffentlicher Trägerschaft bleiben.

In diesem Zusammenhang richten die Ärzte Fragen an die Kreisräte: „Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Kreisklinik erhalten bleibt, wenn Sie sie nicht mehr betreiben? Wie wollen Sie Einfluss auf die stationäre medizinische Versorgung nehmen, wenn Sie sich als Betreiber des letzten öffentlichen Krankenhauses zurückziehen? Wie wollen Sie den Bürgern erklären, dass der Landkreis es nicht geschafft hat, die Kreisklinik wirtschaftlich tragfähig zu machen, aber ein privater Betreiber das ohne Einschränkung des Versorgungsangebots kann?“

Der Landkreis dürfe „das Heft des Handelns nicht aus der Hand“ geben, die Mandatsträger sollten die Beschlussvorlage zum Betreiberwechsel ablehnen. Der abschließende Appell der Mediziner an die Kreisräte: „Überlassen Sie die Gesundheitsversorgung Ihrer Bevölkerung nicht privaten Investoren!“